Nr. 2889. Sonnabend, 4 März (Morgen-Ausgabe.)

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. R & Fort. H. Engler, in Hamburg: Haase furt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neum

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 3. März, 7 Uhr Abds.

Newyork, 22. Febr. Die Conföderirten haben Charleston verlassen. Charleston ist jetzt von den Unionisten besetzt. Ein großer Theil der Stadt ist verbrannt. Die Conföderirten fliehen nördlich. Shofield und Admiral Porter nahmen das Fort Anderson. Der Fall Wilmingtons wird nächstens erwartet.

Berlin. Die Amtsblätter dieser Woche bringen einen Leitartikel über „Verfassungstreue" — ein interessantes Thema für die Bauern, welche zu den „Geboten" sich versammeln. Wenn — sagt die „Bresl. Z." — das Vorlesen solcher Artikel in den „Geboten" nichts hilft, dann wissen wir in der That nicht, welches Mittel noch anschlagen soll, um den sehnlichst gewünschten „Umschwung", der sich immer noch nicht sehen lassen will, endlich herbeizuführen. Zuerst die Preßverwarnungen, dann die Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.", der „Kreuzztg." und der vielen neu entstandenen conservativen Blätter, denen sonst nichts weiter fehlt als die Leser, ferner die „Prov.-Corresp.", allwöchentlich in vielen tausenden von Exemplaren den Kreisblättern beigelegt, und endlich die Amtsblätter, in denen man sonst nur Verordnungen, Bekanntmachungen, Steckbriefe, Subhastationen u. s. w. zu finden gewohnt war, jetzt mit veritablen Leitartikeln Man wird uns einräumen, es ist das ein ganz ansehnliches Arsenal — und wenn der Umschwung nicht gelingt, an Waffen hat es wahrlich nicht gefehlt. Der neueste Leitartikel der Amtsblätter über die „Verfassungstreue" belehrt uns nun, daß es in dem Zeitraume von 1850—1858 mit der Verfassung recht gut gegangen wäre; seitdem aber — heißt es wörtlich am Schlusse — „die demokratische Partei, welche in diesen früheren zehn Jahren vom Schauplatze der öffentlichen Thätigkeit verschwunden war, jetzt aber unter dem Namen der „Fortschrittspartei" wieder thätig hervortrat, in kurzer Zeit die Saat des Unfriedens in das Land streuete und die Gemeinschaft zwischen König und Landesvertretung so weit störte und zerrüttete, daß darüber unser Verfassungsleben gerade in dem wichtigsten Punkte, in der Feststellung des jährlichen Staatshaushalts, ins Stocken gerathen ist", — seitdem sei, so zu sagen, Hopfen und Malz verloren. Da haben wir wieder das alte Lied. Im Jahre 1849 erklärte das Ministerium Manteuffel: mit diesen Kammern läßt sich nicht regieren. Gut, antwortete die Demokratie, macht Ihr's jetzt allein. Was war die Folge? Es dauerte nicht lange, so erklärte das Ministerium Manteuffel: mit dieser constitutionellen Partei läßt sich nicht regieren; als die liberale Partei in Breslau den Grafen Schwerin als Candidaten aufstellte, wurden die Wahlmänner in aller Weise bearbeitet, um die Wahl eines „dem Königthum so gefährlichen und feindlich gesinnten Mannes" zu verhindern. Jetzt soll es nach der Weisheit der Amtsblätter wieder die „Demokratie" sein! Bah, das alte Lied zieht nicht mehr. Träte die Demokratie noch einmal zurück, so wären es wieder die Constitutionellen, welche ein Zustandekommen des Etatsgesetzes verhinderten u. s. w. Jeder Bauer, welcher das Glück hat, dem Vorlesen des erwähnten Leitartikels in den „Geboten" zuzuhören, wird Euch sagen, daß die Fortschrittspartei oder überhaupt die jetzige Majorität des Abgeordnetenhauses einige Millionen mehr bewilligt hat, als die früheren Kammern. Auch diese Amtsblatts-Artikel werden eben so spurlos verhallen, wie die noch weit staatsmännischeren Artikel der „Prov.-Corr."

* Nach dem gestern Nachmittag erhaltenen Telegramm soll der Herr Minister des Innern im Abgeordnetenhause u. A. gesagt haben: „Die Regierung könne in Preußen auf die Dauer nicht ohne die Majorität des Landes regieren." Wir möchten fast glauben, der Herr Berichterstatter habe sich verhört. Oder sollte sich der Herr Minister wirklich zu Grundsätzen bekannt haben, welche, wenn sie aus liberalem Munde kamen, bisher von der „Kreuzztg." und der „Nordd. Allg. Ztg." aufs Heftigste angefeindet wurden?

* [Mahl- und Schlachtsteuer.] Wir haben gestern mitgetheilt, daß die Versammlung, welche vorgestern hier stattfand, eine Resolution mit großer Majorität annahm, in welcher die Nothwendigkeit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer ausgesprochen wird. Aus den Verhandlungen theilen wir nach den Berichten der „Nat.-Ztg." und der „N. A. Z." Folgendes mit: Der Vorsitzende Präsident Lette hob hervor: den Gedanken, diese Steuer aufzuheben, habe schon König Friedrich Wilhelm III. 1802 gehabt, weil sie unsittlich sei und gerade die ärmeren Klassen durch dieselbe am allermeisten besteuert würden. Commerzienrath Schemionek: Die Steuer sei eine ungerechte. Die 76 Städte, in denen diese Steuer noch bestehe, zählten 2¾ Millionen Einwohner, die eine Steuersumme von 3,090,000 Thlr. zu zahlen hätten, das mache auf den Kopf 34 Sgr. In Berlin betrage die Einnahme aus dieser Steuer für den Staat 1,086,600 Thlr., also auf den Kopf 1 Thlr. 23 Sgr. Hierzu komme noch der Communal-Antheil aus dieser Steuer mit 940,000 Thlr., der die Steuer auf den einzelnen Kopf auf 3 Thlr. 7 Sgr. erhöhe. Berlin zahle also von allen 76 Städten den vierten Theil. Das komme daher, daß Berlin 67 Proc. Arbeiter enthalte, welche hauptsächlich von Brod und Fleisch leben. So z. B. zahle Weizenmehl 39—40 Proc., Weizenmehl Nr. 2, die geringere Sorte, sogar 67 Proc. Steuer, Roggen 12 Proc. 2c. Die Unkosten, welche den Händlern durch dieselbe verursacht würden, schlügen diese außerdem auf die Waare auf. Die Verhältnisse stellten sich derartig heraus, daß eine Familie von 4 Personen, welche täglich 4 Pfund Brod und 1 Pfund Fleisch verbraucht, jährlich 11½ Thlr. Steuer bezahle, während sie bei der Klassensteuer nur 1½ Thlr. zahlen würde. Dies Verhältniß treffe aber namentlich die ärmere Bevölkerung, weil der Wohlhabendere mehr Geflügel, Eierspeisen und Fische 2c. verzehre. Redner verweist dann ferner auf die nachtheiligen Folgen, welche die Steuer auf die Gewerbe hervorbringe. Der Mühlenbetrieb werde durch die Mißhelligkeiten, welche die 366 Paragraphen des Steuer-Reglements hervorbringen, gestört und könne sich nicht entwickeln. Kaum der siebente Theil des Bedarfes an Mehl werde in Berlin selbst fabricirt, die übrigen sechs Siebentel müßten von außerhalb bezogen werden. Ebenso könne wegen der Steuer der Mehl-Handel sich nicht entwickeln. — Hr. Buchdrucker Dittmann: Es scheine ihm mehr ein persönliches, als ein prinzipielles Interesse hier vorzuliegen. Er sei der Meinung, daß es besser sei, das ganze indirecte Steuerwesen zu beseitigen, als auf eine einzelne Agitation sich zu beschränken. Es sei richtig, daß die Mahl- und Schlachtsteuer auf dem Arbeiter laste, allein, wenn die Regierung sich selbst für die Beseitigung derselben ausgesprochen und die Communalbehörden darüber in Berathung getreten, wozu dann noch diese speziellen Besprechungen? Wenn die Gemeindebehörden sich gegen die Beseitigung der Steuer ausgesprochen, so werde die Versammlung auch durch ihre Resolution nichts ausrichten, wenn sie die Communalbehörden nicht bewegen könne, für die Beseitigung dieser Steuer mit einzutreten. — Herr Bertheim: Es handele sich ja eben hier darum, daß man so Manchem, der über die Nachtheile der Mahl- und Schlachtsteuer sich noch nicht klar sei — und hierzu scheinen auch viele Mitglieder der städtischen Behörden zu gehören — diese Nachtheile speziell vor Augen führe. Die Steuer vertheure die allernothwendigsten Lebensmittel. Weizenbrod sei hier zum Luxusartikel geworden; es koste das Pfund 1½ Sgr., während es in England, wo wir unseren Weizen hinschicken, nur 1 Sgr. kostet. — Hr. Preuß: Er sei aus praktischen Gründen gegen die Aufhebung der Steuer. Die Steuer zersplittere sich in dem Maße, daß sie z. B. bei einem Viergroschenbrod kaum zu merken sei; dagegen sei der Einfluß auf die Kasse des Arbeiters weit fühlbarer, wenn man ihm regelmäßig das baare Geld abhole. Könnte man die Steuer aufheben, ohne eine neue Steuer dafür einzuführen, so wäre auch er dafür, sonst aber nicht. — Herr Bäckermeister Krebs: Es gebe viele Leute, die etwas nicht einsehen könnten, wenn es ihnen nicht klar auf der Hand liege, so sei es auch in dieser Sache. Im Prinzip sei er mit Herrn Dittmann einverstanden, es werde aber noch lange dauern, ehe man alle indirecte Steuern beseitigt habe. Ein Anfang müsse aber doch einmal gemacht werden. Je mehr Aerger Jemand in seinem Gewerbebetriebe habe und je mehr Schererei, desto mehr Verdienst müsse ihm auch sein Geschäft abwerfen. Er habe, seitdem er Meister sei, das Viergroschenbrod zwischen 2½ bis 7 Pfund schwer geliefert, von allen seinen Kunden habe aber noch niemals Jemand geglaubt, daß das Brod zu irgend einer Zeit größer geworden sei. Die Bäcker seien doch auch nichts anderes, als Leute, die Geld verdienen wollten, und sie hätten doch auch keinen Grund, das Brod nicht so klein zu backen, als nur möglich. Aber die Concurrenz halte sie davon zurück. Stadtv. Schäffer gegen die Resolution: Man führe an, daß die Stadt 900,000 Thaler jährlich aus dieser Steuer beziehe. Dabei participiren auch die Fremden, deren Zahl doch auf mindestens eine Million jährlich veranschlagt werden kann. Er sei dafür, die Steuer abzuschaffen, wenn ihm nachgewiesen werde, daß sie durch etwas Anderes ersetzt werden könne. Webermeister Niemann spricht für die Resolution, ebenso Schlächtermeister Oppen: die Schlächter hätten gerade keinen so großen Vortheil von der Aufhebung der Steuer. Wenn aber ein Besenbinder auf dem Lande seine Klassensteuer bezahlen könne, werde dies auch der Arbeiter in Berlin können. Wenn der Arbeiter billiges Fleisch und Brod haben könne, werde er sich dem Branntwein nicht so hingeben. Auch die Viehzucht werde dann gehoben, die Bodenkultur gefördert und nicht Millionen für Vieh aus dem Lande gehen. Nachdem noch einige Redner gesprochen, wird die Resolution mit großer Majorität angenommen.

— (Voss. Z.) Dem Vernehmen nach werden zu den Panzern der auf den Danziger Werften im Bau begriffenen Panzer-Kanonenboote in preußischen Fabriken gefertigte Panzer-Platten in Anwendung gebracht werden, und zwar nennt man hierfür namentlich die große Eisenfabrik zu Buckau bei Magdeburg, aus welcher allerdings auch schon früher Eisenblöcke zu Strand- und sonstigen Landbefestigungen hervorgegangen waren. Die Anwendung des Eisenpanzers hat übrigens dem Vernehmen nach bei den preußischen Festungsbauten schon in mehrfachen Fällen stattgefunden und soll dies, wie verlautet; bei den projectirten neuen Festungsbauten in Koblenz noch in erhöhtem Maße erfolgen. Andererseits stehen wahrscheinlich im nächsten Frühjahr schon die Versuche mit dem für die Armirung der Marine bestimmten, nach preußischem System gezogenen 72-Pfünder bevor, welcher ein Geschoß von nahe zwei Centnern schießen wird, nachdem zuvor schon die Versuche mit dem ebenfalls zur Armirung von Strandbefestigungen und überhaupt zu Zwecken der Marine neu construirten gezogenen 48-Pfünder ein durchaus zutreffendes Ergebniß geliefert haben. Für die neue Bewaffnung der Feldartillerie ist nunmehr der neue gezogene 4-Pfünder, welcher sich im letzten dänischen Feldzuge sehr bewährt hat, auch für die wenigstens theilweise Ausrüstung der reitenden Artillerie in Aussicht genommen worden und hat eine probeweise Zutheilung dieses Geschützes zu mehreren reitenden Batterien bereits stattgefunden.

Rußland und Polen. (Ostf.-Z.) Die Gemeinde-Woyts in Polen haben das Recht, Jeden, der irgendwie ihren Verdacht erregt, zu arretiren und an die Militair-Behörde abzuliefern. Der russische General Krusenstern, der ein Gut im Lubliner Gouvernement besitzt und dessen Verhalten das Mißfallen des dortigen Gemeinde-Woyts erregte, erhielt von demselben einen derben Verweis mit dem Zusatz, daß er ihn arretiren und nach Zamosc werde abführen lassen. Der General, dem es nicht gelang, den erzürnten Woyt zu beruhigen, konnte sich aus dieser unangenehmen Lage nur durch schleunige Flucht retten.

— Die Verhaftungen, wegen früher geleisteter Nationalsteuer nehmen im Königreich Polen noch immer kein Ende. Neuerdings sind aus dem angeführten Grunde wieder mehrere Gutsbesitzer in den Kreisen Kalisch, Lanczyc und Rawa verhaftet und auf die Warschauer Citadelle abgeführt worden.

Amerika. Newyork, 17. Febr. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Südcarolina lauten für die Waffen der Union sehr günstig, obwohl sie ausschließlich südstaatlichen Quellen entstammen. Sherman's linker Flügel nahm am 8. d. Grahamsville (an der Augusta-Charlestoner Bahn, 18 Meilen westlich von Branchville); und während Kilpatrick's Cavallerie die westliche Richtung gegen Augusta verfolgte, und Blackville occupirte, setzte das Gros über den Edisto und faßte, nach Norden marschirend, in dem zwischen Branchville und Columbia an der Eisenbahn gelegenen Orangeburg festen Fuß. Die Richmonder Blätter vom 14. d. berichten hierüber in den Worten: Der Feind stand gestern in Orangeburg. Unsere Truppen zogen sich auf Columbia zurück. Branchville ist zweifelsohne geräumt. (Branchville ist, wie mitgetheilt, jetzt schon in den Händen der Unionisten.) Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindung mit Charleston ist zerstört. Der Gouverneur von Südcarolina ruft die gesammte Bevölkerung des Staates, Ausländer eingeschlossen, zu bewaffnetem Widerstande gegen den anrückenden Feind auf. Unterdessen haben 3000 Mann Bundestruppen am 10. eine Landung auf der James-Insel ausgeführt, die Vorposten des Gegners zurückgedrängt und sich in einer Entfernung von 2 bis 3 Meilen südwestlich von Charleston festgesetzt; an der Barre erschienen zugleich 18 neue Dampfer. — In Richmond ist am 9. eine zweite Massenversammlung abgehalten worden, vor welcher der Minister Benjamin und andere Spitzen des Sonderbundes kriegerische Reden hielten. Die Hilfsmittel der Südstaaten zur Erkämpfung der Unabhängigkeit wurden als überreich geschildert(?); sollte die Nothwendigkeit die Aufgebung der Seeküste gebieten, so werde das Volk dem General Lee ins Innere folgen und dort den Kampf fortsetzen, bis der Norden erschöpft die Waffen niederlege. In einer Ordre vom 11. d. forderte General Lee alle vom Heere Abwesende auf, sich binnen 20 Tagen in ihren jeweiligen Hauptquartieren zu melden.

Bericht der Herren Aeltesten der Kaufmannschaft über den Handel und die Schifffahrt Danzigs im Jahre 1864.

(Fortsetzung.) Als wünschenswerth müssen wir die Ausführung eines Projects bezeichnen, welches von den localen Behörden Pommerns angeregt ist; wir meinen die Errichtung eines Sicherheitshafens bei der Stadt Leba. Zwischen Stettin und Memel befindet sich kein Hafen, den aus dem Sunde kommende größere Schiffe bei Weststürmen mit Sicherheit anlaufen können. Fast jedes Jahr fordert die See an den Küsten zwischen Leba und Hela ihre Opfer an Menschenleben, Schiffen und Ladungen; auch in dem verflossenen haben Schiffbrüche daselbst stattgefunden; die Möglichkeit, in einem Hafen zu Leba ruhiges Wetter abwarten zu können, wird die Ostsee-Schifffahrt gefahrloser machen, die Versicherungsprämien ermäßigen und dadurch unserm Handel erhebliche Vortheile gewähren.

Auch die Herstellung des großen Schifffahrts-Canals, welcher die für Deutschland neu erworbenen nordischen Herzogthümer durchschneiden und somit Ost- und Nordsee verbinden soll, muß als eine wesentliche und wünschenswerthe Sicherstellung unseres Seeverkehrs bezeichnet werden; nicht nur werden durch einen holsteinischen Canal die schweren Verluste geringer werden, welche das gefährliche Fahrwasser im Sunde und durch Kattegat und Skagerack alljährlich den Schiffen bereitet; auch der Umstand ist dabei nicht außer Augen zu lassen, daß statt der durch dänische Kanonen beherrschten Sund- und Belt-Canäle unseren Schiffen eine Durchfahrt nach der Nordsee gesichert wird, welche im Norden und Süden von deutschem Bundeslande begrenzt wird, und somit bei einem Kriege mit Dänemark außer dem Bereiche feindlichen Geschützes liegt.

Im verflossenen Jahre machte sich der Mangel an ausreichenden Packhofsräumen wieder sehr fühlbar; eine Deputation, welche wir mit der Bitte um Abhilfe dieses schon so häufig beklagten Uebelstandes an die hohe Staatsbehörde nach Berlin sandten, hat zwar das Resultat erzielt, daß die Errichtung eines provisorischen Schuppens zur Unterbringung von Waaren beschlossen und der Bau eines solchen auch ausgeführt wurde, immer aber erwarten wir noch die Inangriffnahme des schon im Jahre 1862 im Prinzip genehmigten Neubaues auf dem Königl. Seepackhofe und können nur dringend wünschen, daß die der Ausführung des Planes im Wege stehenden Schwierigkeiten, welche sich, wie wir meinen, auf die Verschiedenheit einiger mit Zähigkeit festgehaltener Anschauungen der begutachtenden Regierungs-Bautechniker zurückführen lassen, ohne weiteren Verzug beseitigt werden möchten. Die Errichtung bedeckter Hallen längs des Quais vor dem Seepackhofe, in denen die entlöschten Waaren, bevor sie in diesem letzteren untergebracht werden können, den ersten Schutz gegen Unwetter finden, hat sich in anderen Städten, so in Stettin und Köln, als durchaus praktisch erwiesen; wir würden der Bereitwilligkeit der Königl. Behörden, dem zunehmenden Importhandel unserer Stadt durch eine solche Einrichtung zu Hilfe zu kommen, unseren Dank nicht versagen können.

Das Gesetz vom 26. März 1864 über die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf den Seeschiffen wird, wir sprechen diese Erwartung mit Genugthuung aus, von günstigem Einfluß auf die Verminderung der Desertionen von Matrosen im Auslande sein; diese letztere ist auch im verflossenen Jahre nicht unbedeutend gewesen und ließ den Mangel an tüchtigen Schiffsmannschaften recht fühlbar werden.

...Bucher-
...re Ge-
...Corpora-
...lchen Auf-
...r haben es
...Gesuche an das
... mit Sicherheit
...alteten, den Lehren
...ersprechenden Gesetzge-
..., nachdem deren Beseiti-
...schen Gebietes beschlossen und

... der Königl. Staatsregierung den
...achtung vorg legten Entwurfs einer Pro-
...bürgerlichen Streitigkeiten handelt von den
...ichten, deren Organisation und Competenz. Es
...freulich, daß in diesem Entwurfe das von dem deutschen Handelstage wie von dem deutschen Juristentage aufgestellte Prinzip der Prävalirung des kaufmännischen Elementes bei der Zusammensetzung der Handelsgerichte Seitens der Königl. Staatsregierung als richtig erkannt worden ist, und versprechen wir uns von der Thätigkeit dieser Handelsgerichte den besten Erfolg für die Schlichtung von Prozessen unter Handelstreibenden; bei den tief eingreifenden Umgestaltungen aber, welche der bürgerliche Prozeß in den altländischen Provinzen nach den Vorschlägen des Entwurfes erfahren soll, ist eine schleunige legislatorische Erledigung dieser Materie kaum zu erwarten, und bleibt es daher zu bedauern, daß dem Handelstande die Vortheile gut organisirter Handelsgerichte voraussichtlich so lange entzogen werden sollen.

In welchem Maße die Beförderung der Briefpostgegenstände und der telegraphischen Depeschen in Preußen im vergangenen Jahre zugenommen hat, geht aus der in No. 22 des preußischen Handelsarchivs abgedruckten statistischen Uebersicht hervor; nach derselben beträgt die Zunahme der Beförderung von Briefen im Inlande gegen das Vorjahr über 7 pCt., die von telegraphischen Depeschen aber 33 pCt., obgleich sich die im Betriebe befindlichen Telegraphenlinien nur um 17 pCt. vermehrt haben. Diese Zahlen veranlassen uns, den durchaus gerechtfertigten Wunsch auszusprechen, daß die Königl. Staatsregierung eine Ermäßigung des Portosatzes für den ganzen Umfang der Monarchie auf 1 Sgr. für den einfachen Brief beschließen, eine weitere Herabsetzung der Telegraphengebühren aber bei dem deutsch-österreichischen Telegraphenvereine in Vorschlag bringen möge. Wir sind zu einem solchen Verlangen um so mehr berechtigt, als Brief- und Telegraphen-Verkehr auch bei uns im verflossenen Jahre eine ganz erhebliche Zunahme zeigt. Ebenso wünschenswerth erscheint eine Herabsetzung der noch immer hohen Gebühren im internationalen Telegraphenverkehr mit England, Schweden und Rußland; Frankreich und Belgien sind darin mit gutem Beispiele vorangegangen. Die unterm 28. December 1863 angeordnete Erleichterung der Versendung von Waarenproben und Mustern mit der Briefpost, sowie die ganz neuerdings für den internationalen Verkehr angeordnete, war eine für den Handel sehr ersprießliche und daher dankenswerthe Maßregel; die Königl. Staatsregierung hat dadurch den Beweis geführt, daß sie ohne Nachtheil für die Interessen des Staates Verkehrserleichterungen einführen kann; um so bedauerlicher ist es, daß sie sich noch immer der Einsicht verschließt, es könne der Wechselstempelpflicht ohne Gefährdung des Staatsinteresses auch durch Stempelmarken für inländische Wechsel genügt werden. In gleicher Weise haben wir zu beklagen, daß unserm Antrage auf eine Ermäßigung der Gebühren preußischer Consuln in Großbritannien bei dem Anlaufen verschiedener Häfen auf derselben Reise eines Schiffes durch Rescript des Herrn Handelsministers vom 4. Juli 1864 widersprochen ist.

Auch in dem verflossenen Jahre haben wir nur einmal Gelegenheit gehabt, uns auf Erfordern dem Handelsministerium gegenüber gutachtlich zu äußern; die Frage, ob die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Außercourssetzung und Wiederincourssetzung von Papieren auf den Inhaber Unbequemlichkeiten und Mißstände im Verkehr zur Folge haben, deren Beseitigung zu wünschen sei, haben wir bejahend beantwortet und die vorzüglichste Belästigung darin gefunden, daß zur Wiederincourssetzung von Papieren, welche von Privatpersonen außer Cours gesetzt sind, nach § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1863 ein richterlicher Vermerk erforderlich ist. —

(Die Zusammenstellung der im Jahre 1864 zu resp. von Danzig seewärts ein- und ausgegangenen Waaren und andere Einzelnheiten des Berichts lassen wir folgen).

Provinzielles.

Marienburg, 28. Februar. (K. H. Z.) Nach Beschluß des Provinziallandtages soll die hiesige Taubstummen-Anstalt, die bis jetzt nur eine Anzahl von ca. 50 Zöglingen hatte, bedeutend erweitert werden, so daß nach dem Umbau die Aufnahme von ca. 100 Zöglingen möglich sein wird. In Ost- und Westpreußen giebt es im Ganzen ca. 2000 und unter diesen 900 schulpflichtige taubstumme Kinder, von denen ca. 350 auf Westpreußen kommen. — Wie weit die Angelegenheit der Verlegung resp. Internirung des hiesigen Seminars gediehen ist, weiß man zur Zeit noch nicht. In Folge der Aufforderung des Provinzial-Schulcollegiums, geeignete Anerbietungen zu diesem Zweck zu machen, haben sich verschiedene Nachbarstädte, wie Dirschau, Stargardt, selbst Neuteich beeilt und eine bestimmte Anzahl Morgen Land unentgeltlich angeboten. Auch Marienburg hat in dieser Beziehung Alles gethan, was es bei seinen geringen Mitteln und in Rücksicht auf die Vortheile, welche ihm durch das Verbleiben des Seminars hierorts entstehen, thun konnte. Es hat, da bei der Gründung des jetzigen Seminars ein gar nicht unbedeutendes Terrain nebst dem darauf befindlichen Schulgebäude gegen eine ganz geringe Entschädigung dem Fiscus bereits abgetreten wurde, sich erboten, jetzt die zum Bau des Internates erforderlichen Morgen Land unentgeltlich zur Disposition zu stellen, vorausgesetzt, daß das früher abgetretene Etablissement an die Stadt wieder zurück falle.

Vermischtes.

— In der Maschinenfabrik von König u. Bauer in Kloster Oberzell bei Würzburg ist jetzt die tausendste Schnellpresse in Arbeit. Dieselbe soll in der zweiten Hälfte d. M. feierlich in der Fabrik eingeweiht werden und als erstes Werk eine Biographie des Erfinders der Schnellpresse Friedrich König's († 1833) drucken. Sodann wird dieselbe nach Berlin abgehen und in der Buchdruckerei von Franz Duncker aufgestellt werden. Die erste der von König erbauten Schnellpressen erhielt bekanntlich die „Times“ in London, und ward das Blatt auf derselben am 29. Novbr. 1814 zum ersten Male gedruckt.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Fräul. Toni de la Chaux mit Herrn Wilhelm Ziegler (Kaukehmen-Paskalwen); Fräul. Louise Ziegler mit Herrn Herrmann Braesicke (Ragnit-Heinrichsfelde); Fräul. Louise Lackeit mit Herrn Gutsbesitzer J. Riebensahm (Sallecken-Kl. Baum).

Geburten: Eine Tochter: Herrn Rechtsanwalt Löffke (Rastenburg).

Todesfälle: Herr Kaufmann Friedrich Hecht (Preuß. Eylau); Frau Dorothea v. Hagen geb. Nebelung (Alt-Perlswalde).

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Eingesandt.

Die Ziehung der Dombau-Prämien-Collecte findet statt, sobald 500,000 Loose abgesetzt sind. Wie wir hören, soll diese Zahl bald erreicht sein. Es wäre nun wohl im Interesse aller Mitspielenden wünschenswerth, daß diejenigen, welche sich bei dieser Lotterie noch betheiligen wollen, dies recht bald thäten, damit die Ziehung endlich stattfinden kann.

Mehrere, die schon im Besitz von Dombau-Loosen sind.

Angekommene Fremde am 3. März 1865.

Englisches Haus: Rittergutsbes. Graf v. Klinkowström a. Kornitta, v. Below n. Gem. a. Nutzau. Gutsbes. Grolp n. Fam. a. Bilawken. Buchdruckereibes. Heyne a. Braunsberg. Banquier Baumann a. Warschau. Kaufl. Bald a. Liverpool, Döring a. Insterburg, Grau a. Cassel, Gräntz a. Königsberg, Jahns u. Wildfang a. Bremen, Steinmann a. Berlin.

Hotel de Thorn: Gutsbes. Giese a. Schönlanke. Schiffscapitain Wächter a. Pillau. Kreisrichter Böhm a. Berlin. Rabbiner Dr. Cassel a. Schwerin a. W. Kaufl. Koebke a. Stolp, Erdmann a. Halle, Rosenberg a. Düsseldorff, Former a. Cöln.

Hotel de Berlin: Kaufl. Linder a. Mainz, Springer u. Banischke a. Berlin, Hoogen a. Düren, Arent a. Bromberg, Dewald a. Hamburg.

Walter's Hotel: Rittergutsbes. Baron v. Rabfeld a. Lewino. Timreck a. Zadzewo. Gutsbes. Lababn a. Trawitz. Kaufl. Thim a. Elbing, Benecker a. Königsberg. Frau Prediger Pohl a. Bresin.

Hotel zum Kronprinzen: Pianofortefabr. Wegner u. Frau Hotelbes. Schotte n. Frl. Cousine a. Marienburg. Kaufl. Schreiber a. Stettin, Kreckelsberg u. Heinrich a. Barmen, Israel a. Mainz.

Hotel zu den drei Mohren: Fabrikant Ehlert a. Königsberg. Kaufl. Jömke, Siebenborn u. Waldenburg a. Berlin, Davidsohn a. Posen, Zindgraf a. Offenbach, Schoeck a. Marienwerder, Werner a. Stettin, Krebs a. Königsberg.

Deutsches Haus: Gutsbes. Brück a. Letzkau. Pfarrer Waglikowsky a. Soldau. Kaufl. Ascher u. Pergament a. Berlin.

Hotel de Stolp: Gutsbes. v. Domolski a. Garcz. Gerbermstr. Schellys a. Neustadt. Kaufl. Müller a. Schwetz, Seefeld a. Schlawe u. Müller a Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.